



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XII/201 - 3. September 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 179

Fernsprecher 81851 - 93

Fernschreiber 0866890

Hinweise  
auf den Inhalt:

"Männer des Untergangs"?	S. 1
Neue Krisenzuspitzung in Frankreich	S. 2
Der Wahlkampf in Norddeutschland	S. 4
Die "Partei der guten Deutschen"	S. 6
Der Wählerbrief des Bundeskanzlers	S. 7
Die tägliche CDU-Lüge	S. 8

## "Männer des Untergangs"?

sp- Das Wirken zweier grosser Gestalten der deutschen Nachkriegs- politik wurde in diesen Tagen von der deutschen Presse gewürdigt - das des toten Otto Suhr, an dessen Bahre sich in Schmerz und Trauer mit den Berlinern das ganze deutsche Volk vereinigt und des lebenden siebzig- jährigen Max Brauer, dem die grösste Stadt Westdeutschlands so unendlich viel verdankt. Beide Männer sind aus der Geschichte der Nachkriegszeit nicht wegzudenken. Beide Männer haben, jeder auf seine Art in der Arbeit am deutschen Wiederaufbau an weithin sichtbarer Stelle gestanden. Beide Männer zeugen von der prägenden Kraft der Sozialdemokratie.

Dem lebenden und gewisse noch zu bedeutenden Aufgaben berufenen Max Brauer wie dem toten Regierenden Bürgermeister, Otto Suhr, ist und war gemeinsam die Überzeugung von der Notwendigkeit eines sozial befrie- digten, freiheitlich aufgeschlossenen, mit seinen Nachbarn in Frieden le- benden Deutschland. Schon als junge Menschen kamen sie zur Sozialdemokra- tie, von daher empfingen sie die entscheidenden Impulse für ihr Wirken. Beide Männer bezahlten in ihrer Leben die Zugehörigkeit zu dieser Partei mit schweren persönlichen Opfern. Nach dem grössten Zusammenbruch in der deutschen Geschichte stellten sie sich selbstlos zur Verfügung. Den weg- weisenden Idealen ihrer Jugend blieben sie auch unter völlig veränderten Verhältnissen treu. Sie gaben und geben das Beispiel ihrer Hingabe an die höchsten Werte des Lebens.

Sind und waren sie "Männer des Untergangs"?

Die derzeit noch für die deutsche Politik verantwortliche Persön- lichkeit hat einen Sieg der gleichen Partei, aus deren Reihen ein Max Brauer und Otto Suhr kommen, als einen "Untergang Deutschlands" bezeich- net.

Es ist das Genie der Sozialdemokratie, ihre Kraft und ihre Stärke, dass sie in ihrer Bank die besten Geister der Nation zieht, dass untadelige Männer daraus die Kraft ihres Wirkens schöpfen und schöpfen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist reich an solchen Ge- stalten. Sie geben und geben dem ganzen Volke wieder, was sie durch die Partei eines Bebel, Ebert und Schunacker erhielten. Nennen wir Max Brauer und Otto Suhr künden davon.

Damokles-Schwert über Frankreichs Regierung

- E.- Paris

"Die Schwierigkeiten wachsen" - "Krisenhafte Zuspitzung" - "Gefahrer für Bourguès-Maunoury" - Diese Titel waren in diesen Tagen in der französischen Presse zu finden. Sie bezogen sich ausnahmslos auf die Widerstände, denen die Wirtschaftspolitik des Finanzministers begegnet und auf das Tausziehen, das vor aller Öffentlichkeit um den Inhalt des Rahmengesetzes für Algerien stattfindet. Die Zeichen stehen auf Sturm.

"Man erwartete eine Welle von Arbeiterforderungen. Statt dessen sind es die Landwirte, die mit Heftigkeit zur Aktion aufrufen", las man am Wochenende in der grossen Pariser Abendzeitung "Le Monde", die gleichzeitig darauf hinwies, dass bereits elf Interpellationsanträge über die Agrarpolitik in der Nationalversammlung vorliegen und die vorzeitige Einberufung des Parlaments von gewissen Abgeordneten erwogen werde.

Die Landwirte-Organisationen behaupten, ihre Berufsgruppe könne von den ihnen gewährten Preisen nicht existieren; die Steigerung des garantierten Mindestlohnes treffe besonders schwer die Landwirtschaft, da in ihr ein sehr grosser Teil der an dieser Erhöhung interessierten Arbeitnehmerschaft tätig sei. Die Landwirte drohen mit Lieferstreiks, und zwar sind es nicht nur die Getreidebauern, die ihrer Unzufriedenheit besonderen Ausdruck geben, sondern auch die Weinbauern und Zuckerrübenbauern, die glänzend organisiert, den Staat alljährlich um viele Milliarden Franken Subventionsgelder zu schröpfen, wussten, sowie die Gemüsebauern und Viehzüchter, die den Glauben erwecken möchten, dass die ausserordentlich hohen Preise, die für ihre Erzeugnisse vom Verbraucher zu zahlen sind, ungenügend seien und eine gesunde Entwicklung verhindern, da die Betriebe unrentabel arbeiten. Das Verhalten der Landwirte droht der Regierung zum Strick zu werden. Lässt sie sich auf Konzessionen an die Landwirte ein, dann stürzt der Sanierungsplan des Finanzministers Felix Gaillard wie ein Kartenhaus zusammen. Niemand wird die Gewerkschaften dann daran hindern können, neue Preissteigerungen mit umfassenden Forderungen der Arbeitnehmerschaft zu beantworten. -

Ebenso starke Gefahren bedrohen die Regierung Bourguès-Maunoury in Bezug auf das Rahmengesetz für Algerien. Die Gegensätze zwischen den Auffassungen einzelner Minister - und innerhalb der Parteien verstärken

sich im gleichen Masse, wie der Entscheidungstermin heranreift. Sprengpulver findet sich überall und man fragt sich deshalb, ob es Ende September überhaupt zu der von Ministerpräsidenten gewünschten ausserordentlichen Tagung der Nationalversammlung kommen wird, in der die parlamentarische Entscheidung über das Rahmengesetz fallen soll - oder ob nicht von gewissen Seiten so manövriert werden wird, dass die Krise über andere Fragen zum Ausbruch kommen und dadurch die öffentliche Demonstration der Unfähigkeit zur Verabschiedung des angekündigten Rahmengesetzes verhindert wird. Kommt es trotzdem zur parlamentarischen Debatte über das Rahmengesetz, dessen Fassung jetzt heftige Geburtswehen verursacht, dann dürfte sich bestätigen, was zahlreiche Beobachter seit langem feststellten: In dieser Nationalversammlung gibt es keine Mehrheit für eine Neuordnung in Algerien, die sowohl von der mohamedanischen Bevölkerung als auch von den dort ansässigen Europäern angenommen würde. Ebenso wenig ist eine Mehrheit für eine Verfassungsänderung vorhanden, die eine zweckentsprechende und befriedigende Neu-Organisation des Verhältnisses zwischen Frankreich und den Überseegebieten, insbesondere aber zu Algerien ermöglichen könnte.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es nicht erstaunlich, dass das Problem der Neubildung der Regierung bereits öffentlich diskutiert wird. Michard glaubt allerdings, dass Guy Mollet im Herbst erneut die Führung einer Regierung übernehmen wird, die sich auf eine von den Sozialisten bis zu den Unabhängigen reichende Mehrheit stützen könnte. Bei den Sozialisten zeigt sich für ein solches Experiment keine Keitung, umso weniger, als sich in ihren Reihen unter dem Eindruck der algerischen Tragödie ein beträchtlicher Stimmungswechsel vollzogen hat, der sich durch die wirtschaftliche Entwicklung und ihre für die Arbeitnehmerschaft unglünstigen Konsequenzen weiter veracärt. Im Bürgertum herrscht Unentschlossenheit. Umso grössere Aktivität zeigen die reaktionären Schichten und Interessen-Verbände. Ihr Wille, die jetzige Situation auszubenten, ist unverkennbar.

\* \* \*

Zehn Tage zuvor

H.S. Die grossen Kopfplakate der CDU beherrschen das Strassenbild der Städte und Dörfer. Die Grosszügigkeit, mit der ein gestern noch völlig unbekannter Rechtsanwalt als Aussenminister, ein kleiner bayrischer Assessor als Verteidigungsminister oder ein Farmersohn in Ost-Afrika als Ministerpräsident zu überdimensionalen politischen Persönlichkeiten gemacht worden, ist beachtlich. Wohin man blickt, überlebensgrosse CDU-"Köpfe". Wie es sich in Deutschland gehört: sehr bedeutend dreinschauend.

Hier und da ist die Deutsche Partei Hellweges aktiv. Es müssen ihr mehr Geldmittel zur Verfügung stehen, als sie eigentlich hat. "Vom Alten", meinen die Kenner abschauend. Immerhin scheint es, dass die DP gewisse Chancen hat, der CDU in bäuerlichen Gebieten Stimmen abzulocken. In Dithmarschen z.B. sind ihre Versammlungen von Bauern gut besucht.

An den Telegraphenmasten der Landstrassen herrscht sichtbar Krieg zwischen FDP und CDU. Es scheint überhaupt, dass die CDU einen bescheidenen Anteil der Unternehmerrmillionen benutzt hat, die Junge Union zu motorisieren. Kilometerweit sind FDP-Plakate heruntergefetzt, CDU-Plakate dagegen völlig unversehrt. Beaufwanden begegnet die CDU-Leitung mit dem Hinweis auf die Mahnung des Bundesgeschäftsführers Heck, an die "jungen Freunde", den Wahlkampf "fair" zu führen. Den Versammlungseinsatz führt die FDP offensichtlich nach Frontenerfahrungen ihrer jungen Equipe in letzten Krieg: Sie bildet Schwerpunkte und stösst dort vor. Aber man spürt, dass es Dr. Adenauer gelungen ist, die Gefesfrendigkeit der Industrie von der FDP fernzuhalten.

Die DRP müht sich redlich, in die ehemaligen SRP-Hochburgen einzubrechen. Aber offenbar allzu redlich und das bringt nicht genug.

Der Versammlungsbesuch ist unterschiedlich. Aber der Trend, den wir schon bei früheren Wahlen beobachtet haben, hält an: die grosse Zeit der Dorfversammlung ist vorüber. Allenfalls kommen die Leute, wenn ein Film vorgeführt wird, oder zu Lichtbildvorträgen. Massen kommen nur zu den grossen Kundgebungen der Parteien, wenn Erich Ollenkauer spricht, Dr. Adenauer oder Reinhold Maier, zu Erlar, Carlo Schmid und

vielleicht noch zu Dr. v. Brentano. Dabei weisen die Kundgebungen Ollenhauers erstsunlich hohe Besucherzahlen auf, weit mehr als die Adenauers. Zu bemerken ist allerdings auch, dass es in den Ollenhauer-Kundgebungen fast überall zu Störversuchen der Jungen Union kommt. Sie schreien, gröheln, gehen - wie z.B. in Celle - im Ernstfalle mit brachialer Gewalt sogar gegen die einschreitende Polizei vor. Dort waren es übrigens zum Teil Gymnasialisten, die sich als Rowdies betätigten. Also Missbrauch der Jugend ausgerechnet durch die Partei, die so viel von der "heiligen Aufgabe" an der Jugend redet.

Wo es in den evangelischen Räumen des Nordens katholische Zentren und Zeitungen gibt, begegnet man allenthalben der üblichen Verfälschung der Fragestellung des 15. September. Nicht mehr die Preisentwicklung und die Atomrüstung scheinen wichtig, sondern das, was der Pfarrer gesagt hat; und er spricht nur von dem angeblichen "Christentum" der CDU. Aber es gibt auch da Überraschungen. So als der Bischof von Hildesheim die katholischen Flüchtlinge zu einer Wallfahrt nach der Bischofsstadt rief, und die CDU "ganz zufällig" an gleichen Tag auf dem Marktplatz eine Grosskundgebung veranstaltete. Mit ihrem Kandidaten Professor Oberländer und Staatssekretär Dr. Nahn. Von den Zehntausend Wallfahrern kamen nur einige Hundert. Über der Versammlung kreiste ein Flugzeug, das der BHE gechartert hatte, mit einem Transparent: Wählt BHE! Übrigens liest man über den CDU-Kandidaten Oberländer, SA-Sturmführer ausser Dienst, böse Sachen in den lokalen Zeitungen. Über die unheilvolle Rolle dieses Mannes bei dem Nazi-Terror in Polen. Mit schrecklichen völkischen Parolen hat er damals gehetzt, man müsse die Polen vertreiben. Jetzt ist er Bundesvertriebenen-Minister; zur Eingliederung der von den Polen vertriebenen Deutschen, und zu allem überflüssig "christlicher" Politiker.

Eine ebenso originelle wie unanständige Flüsterparole hat sich die CDU-Propaganda ausgedacht. Sie läuft durch die Werften im Norden und durch die Grossbetriebe in Hannover: "Wenn die CDU nicht an der Regierung bleibt, dann machen die Unternehmer künstlich Arbeitslosigkeit". Eine armselige "Hoffnung"! Ja, wenn man Arbeitslosigkeit machen könnte, ohne eine Mark eigenen Verdienstes einzubüssen. Aber die Unternehmergewinne fliessen ja eben aus der Arbeit der Werktätigen. Immerhin, die Arbeiter kommen und fragen. Ihr Vertrauen zur "christlichen" Politik rechnet mit jeder Schandtät.

Die Korruptionsskandale im Koblenzer Beschaffungswort mögen ein Übriges getan haben, das Misstrauen zu verstärken. Aber die Überzeugung ist in allen Kreisen der Bevölkerung, in Stadt und Land, fest möchte ich sagen Allgemeingut der Menschen: Der Alte kommt nicht wieder.

Politik aus der Binsgrube

K.S. - Die Wähler im Kreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz werden am 15. September doch wieder die "Partei der guten Deutschen" auf ihren Stimmzetteln finden. Es handelt sich um dieselbe kranke Jahrmärkte-Blume unter den Splittergruppen, die seit dem Sommer 1953 gelegentlich der Öffentlichkeit Anlass zum Lachen gibt. Schon damals wollte ihr Gründer, der Binsgrubenbesitzer August Unger aus Plaidt, in den Bundestag. Mit seinen 653 Stimmen blieb Unger, der sich selber gern "Adolf II." nennt, ohne Chance. Immerhin: die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im Jahre 1955 liessen sich für den "neuen Führer" besser an. Das entliche Wahlergebnis verzeichnete die letzte durchs Ziel gegangene Partei die PdGd mit 3092 Stimmen. Kein Landtagsmandat freilich - aber seit 1956 sitzt Unger wenigstens im Gemeinderat seines 4 500 Seelen zählenden Dorfes Plaidt.

Jetzt will der neue Adolf über ein Direktmandat in den dritten Bundesstag, nachdem es erwartungsgemäss nicht für die Landesliste ge- reicht hat. Mühsig zu betonen, dass der "Wahlleuwa", wie man ihn in seiner Heimat nennt, nicht die geringste Chance hat. Aber was stört das einen, der auszieht ein Reich zu erobern? Der Binsgrubenbesitzer verfügt über ein 36 Seiten langes "Parteiprogramm", das seit Jahren im Druck vorliegt und sich nicht geändert hat. Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man es liest: soviel blanker Unsinn auf einem Haufen. Unger will die "paritätische Demokratie". Gesetze im Parlament (Programmpunkt 2) dürfen nur verabschiedet werden, wenn "...die gleiche Zahl Menschen dafür und dawider abstimmt". Programmpunkt 21 besagt, dass alle "führenden Posten" bis hin zum Bundeskanzler nur mit ehrenamtli- chen Männern besetzt werden, "...die nur bei sich interessierenden Fra- gen zusammengerufen werden". Punkt 15 gibt erschöpfend Aufschluss über die kommende Gesellschaftsordnung: "Streben nach Vollkommenheit des Volksganzes". Und am Schluss heisst es: "Es bedarf keiner Frage, dass die Partei dereinst die absolute Mehrheit erhält, wenn das Volk den Weisungen des Führers bedingungsloses Vertrauen entgegenbringt."

August Unger, der zweite Adolf, bestreitet seine "Wahlkundgebun- gen" mit Lautsprecherwagen unter freiem Himmel. Die Leute kommen wie zu einer Volksbelustigung. Wer Unger nicht ernst nimmt, erfährt: "Sie können von Glück sagen, dass wir noch nicht die Macht ergriffen haben, sonst könnten Sie sich ausrechnen, was Ihnen klüht". 1961 wollen die "Guten Deutschen" 20 Prozent der Wähler hinter sich haben. Bins-Unger schwört darauf.

Über d e n Führer dürfen wir getrost lachen...

15 Millionen Mal falsch' Zeugnis geredet

B. Der Bundeskanzler hat mal wieder seinen "lieben Wählern" einen Wahlwerbeprospekt geschrieben. Da er nicht schüchtern ist und auch das nötige Kleingeld hat, wird dieser Schrieb gleich in einer Auflage von 15 Millionen die Truhtaschen der bundesdeutschen Briefträger beschweren.

Schon die zu Anfang des Briefes stehende Behauptung, dass die Partei mit den meisten Stimmen die nächste Bundesregierung bilden werde, ist falsch. Es können durchaus zwei oder mehrere Parteien gemeinsam gegen die stärkste Partei die Bundesregierung bilden. Die zweite Behauptung, dass die Mächte der freien Welt unsere Sicherheit verbürgen, ist ebenso falsch. Sogar Bundesfinanzminister Schäffer von der CDU ist der Ansicht, wie aus einem kürzlich veröffentlichten Brief hervorgeht, dass die Westmächte ihre Truppen in der Bundesrepublik zu ihrer eigenen Sicherheit halten, aber nicht zu unserer Sicherheit. Deshalb soll es unnötig, dass wir zu den Kosten dieser Truppen etwas beitragen. Die dritte Behauptung, die D-Mark sei stabil, stimmt ebenfalls nicht, denn seit 1949 ist der Wert der D-Mark um 24 Prozent gesunken.

Die vierte Behauptung, alle Teile der Bevölkerung seien gleichermaßen an der Steigerung des Lebensstandards beteiligt, trägt auf den ersten Blick ihre innere Unwahrhaftigkeit in sich. Seit 1949 hat sich das Einkommen der gewerblichen Wirtschaft um 90 Prozent erhöht, das der Landwirtschaft nur um 69 Prozent. Die fünfte Behauptung, die Bundesregierung arbeite für das Wohl des gesamten Volkes, fällt in sich zusammen, wenn man die Vermögensbildung bei den grossen Unternehmungen mit der Vermögensbildung der selbständigen Mittelschichten oder gar den Sparguthaben der Arbeiter und Angestellten vergleicht. Die sechste Behauptung, die sozialdemokratische Bundesregierung würde sofort den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO erklären, wird erneut wider besseres Wissen aufgestellt.

Die siebente Behauptung, eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung sei das grosse Ziel der Politik des Bundeskanzlers, ist völlig unglaubhaft, solange er die atomare Aufrüstung der Bundeswehr in Erwägung zieht.

Für jeden denkenden Menschen ergibt die Lektüre des "Werbebriefes" des Bundeskanzlers die zwingende Notwendigkeit, am 15. September einen anderen Bundeskanzler zu wählen.

Alte Ladenhüter wieder hervorgeholt

W.K. Man sollte meinen, dass die Bistumsblätter Sprachrohre der katholischen Kirche in Deutschland, dagegen keine Wahlzeitungen einer bestimmten Partei wären. Man sollte annehmen dürfen, dass sich ihre Verantwortlichen der grossen und verantwortungsvollen Aufgabe bewusst sind, die mit dem Inhalt einer antlichen Kirchenzeitung unlöslich verknüpft ist. Mit Bedauern stellen wir fest, dass Bistumsblätter zu Propagandablättern der CDU/CSU degradiert werden und kein Mittel verabscheuen, um die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu diskriminieren.

In seiner letzten Ausgabe schreibt das Bistumsblatt Trier, "Paulinus", am 25. August 1957 in einem Artikel mit der Überschrift "Geschrei" unter anderem folgendes:

"Wesentlich aber wurde diese Diskussion erst durch den Beitrag eines Katholiken, der ungefähr folgendes vortrug: Meine Herren, ich greife ein wenig zurück und rufe ihnen die Beratungen über die Schaffung des Grundgesetzes in Erinnerung. Damals wurde von einem christlichen Abgeordneten verlangt, dass protokollarisch festgelegt werden müsse, dass der Paragraph 218 auch das keimende Leben - das junge Leben im Mutterleib - unter seinen ausdrücklichen Schutz stellt. Ein prominenter Abgeordneter der SPD verlangt dagegen, dass protokollarisch festgelegt werden müsse, dass das keimende Leben den Schutz des Paragraphen nicht geniessen soll, also ungeschützt bleibt. Dieser Antrag stellte der Abgeordnete ausdrücklich im Namen der Mehrheit der SPD-Fraktion."

Die Behauptung, ein Abgeordneter der SPD im Parlamentarischen Rat habe im Namen der Mehrheit der SPD-Fraktion einen derartigen Antrag gestellt, ist unwahr. Ein Antrag dieses Inhalts ist im Parlamentarischen Rat von einem Angehörigen der SPD-Fraktion weder für seine Person noch im Namen der Fraktion gestellt worden. - Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat neben einer Berichtigungsforderung Strafantrag wegen übler Nachrede gestellt.

\* \* \*

Worum es geht

"Im derzeitigen Wahlkampf geht es nicht um Weltanschauungen, sondern um Ansichten der politischen Verunft. Und ein Parteivorsitzender, der massvoll und sachlich bleibt, ist mir lieber als einer, der sich in düsteren Prophezeiungen ergeht. Wirklich, wir brauchen eine Alternative zur CDU; denn sie ist in meinen Augen zur Zeit das grössere Übel."

Pfarrer Lic. Karl Inner

Aus: "Nachrichten und Dokumente für die evangelische Gemeinde", Herne i.W.

\* \* \*

Verantwortlich: G. Markscheffel